



## Presseinformation

### **10 bis 45 Euro Kosten für jeden Bundesbürger: Bundesregierung führt elektronische Unterschrift ein**

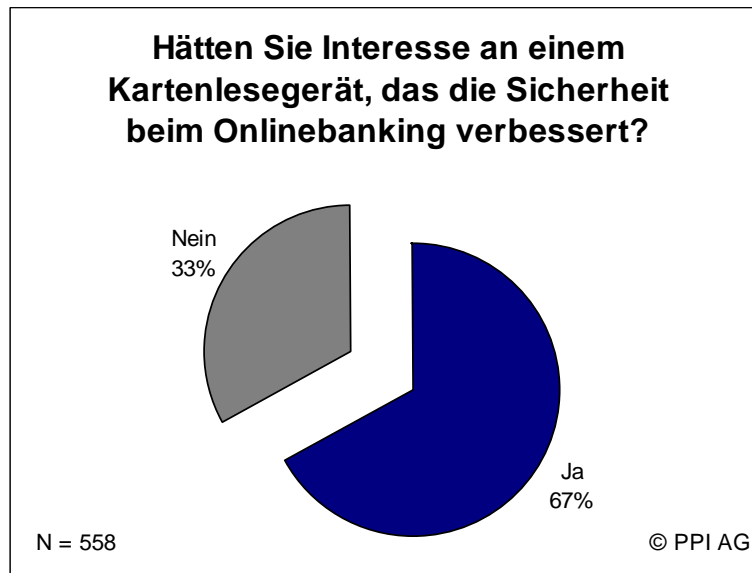
**Die Bundesregierung hat sich auf ein Großprojekt zum Bürokratieabbau geeignet. Mit dem so genannten Elena-Verfahren (elektronischer Einkommensnachweis) sollen mehr als 100 Millionen Euro jährlich an Bürokratiekosten eingespart werden. Der Arbeitgeber übermittelt dabei Einkommens- und Beschäftigungsnachweise nicht mehr auf Papier, sondern auf elektronischem Weg an die Renten- und Sozialversicherungsträger. Beantragt ein Arbeitnehmer dann staatliche Leistungen, muss er die Abfrage seiner Daten mit einer elektronischen Unterschrift genehmigen. Das soll den Missbrauch der gespeicherten Daten verhindern. Dafür braucht jedoch jeder Bürger eine eigene Signaturkarte.**

Mit der als fälschungssicher geltenden Signaturkarte sind auch andere Autorisierungen möglich. Ein analoges Verfahren existiert bereits seit längerem im Bereich des E-Banking. Dabei werden Kartenleser eingesetzt, um die Sicherheit im Vergleich zum gängigen PIN/TAN-Verfahren zu erhöhen. Dieses Verfahren stößt bei Bankkunden auf großes Interesse. 67 Prozent der deutschen Internet-Bevölkerung möchten diese Technik einsetzen. Doch trotz des großen Potenzials haben die Kartenleser den Marktdurchbruch bisher noch nicht geschafft. Nur jeder dreizehnte Kunde nutzt solche Geräte. Der Grund: Bisher müssen die Anschaffungskosten dafür selbst getragen werden. Vier von fünf Privatkunden lehnen es ab, für die erhöhte Sicherheit selbst zu zahlen. Sie erwarten, dass ihre Bank ihnen die Sicherheitsverbesserungen kostenlos zu Verfügung stellt. Zu diesen Ergebnissen kommt die Trendstudie Bankpräferenzen des Beratungs- und Softwarehauses PPI AG in Kooperation mit handelsblatt.com, wiwo.de und dem IMWF Institut für Management- und Wirtschaftsforschung.

Auch bei dem neuen Verfahren, das die Bundesregierung auf den Weg bringen möchte, kommen zusätzliche Kosten auf den Bürger zu. Aktuelle Schätzungen gehen von etwa 10 bis 45 Euro für die Signaturkarte und die entsprechenden elektronischen Zertifikate aus. Banken arbeiten bisher ohne Zertifikate, die teuer sind und erst notwendig werden, wenn die Signaturkarten bei mehreren Banken oder Behörden eingesetzt werden sollen. Bei den Bankkunden gelten 20 Euro als finanzielle Schmerzgrenze für die Anschaffung eines Kartenlesers: Nur 30 Prozent der Befragten würden mehr dafür ausgeben. Insbesondere bei privaten Bankgeschäften ist die Zahlungsbereitschaft sehr gering. Bei geschäftlichen Transaktionen besteht hingegen eine etwas höhere Bereitschaft einen Kartenleser anzuschaffen.



## PPI AKTIENGESELLSCHAFT



*Zwei Drittel der Onlinebanking-Nutzer wünschen sich Kartenlesegeräte für mehr Sicherheit.*

### **PPI Aktiengesellschaft**

Die PPI Aktiengesellschaft ist seit über 20 Jahren an den Standorten Hamburg, Kiel und Frankfurt erfolgreich für die Finanzbranche tätig. 2007 erwirtschaftete das Unternehmen mit seinen 230 Mitarbeitern über 28 Millionen Euro Umsatz in den drei Geschäftsfeldern Consulting, Software Factory und Electronic-Banking-Produkte. Im E-Banking liegt der Schwerpunkt auf sicheren und wirtschaftlichen Standardprodukten für die Kommunikation zwischen Firmenkunden beziehungsweise Privatkunden und ihrer Bank. In der Software-Entwicklung stellt PPI durch professionelle und verlässliche Vorgehensweise eine hohe Qualität der Ergebnisse und absolute Budgettreue sicher. Das Consulting-Angebot erstreckt sich von der strategischen über die bankfachliche bis zur IT-Beratung.

### **Pressekontakt**

Andreas Gutjahr  
Faktenkontor GmbH  
Tel: +49 (0)40 22703-5470  
Fax: +49 (0)40 22703-1470  
E-Mail: [andreas.gutjahr@faktenkontor.de](mailto:andreas.gutjahr@faktenkontor.de)